



Dokumentation

zur Zentralen Veranstaltung zum Tag der deutschen Sprache
am 11. September 2021 in Köln

Leitfaden der Stadt Köln

Im Januar 2021 hat die Stadt Köln einen „Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation“ veröffentlicht, der ihre Mitarbeiter zur Verwendung von „Gendersprache“ anhält. Der Leitfaden ist im Internet abrufbar und kann als PDF-Datei heruntergeladen werden:

[Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln \(stadt-koeln.de\)](https://www.stadt-koeln.de/Leitfaden-fuer-eine-wertschaetzende-Kommunikation-bei-der-Stadt-Koeln)

Die Region Köln des VDS hat hierzu eine sechsseitige Stellungnahme verfaßt, die sie im Juni 2021 als Bürgerantrag eingebracht hat. Das Anschreiben hierzu und die Stellungnahme sind nachfolgend dokumentiert.

Sehr geehrte Frau Reker, sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Köln,

mit dem „Leitfaden für eine Wertschätzende Kommunikation“ hat die Oberbürgermeisterin im vergangenen Frühjahr eine Broschüre vorgelegt, mit der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie der Stadt angehöriger Betriebe zu einem bestimmten, vorgegebenen Sprachgebrauch im Umgang mit den Bürgern angehalten werden sollen.

Dieser „Leitfaden“ fügt sich ein in eine seit einiger Zeit sichtlich zunehmende Zahl obrigkeitsstaatlicher Eingriffe in den offiziellen Sprachgebrauch sowie in eine beispiellose Kampagne zur Umgestaltung der öffentlichen Sprache durch große Teile der Medien. Beides erzeugt erheblichen Unmut und auch Widerstand in der Bevölkerung. Umfragen aus den vergangenen Monaten zeugen von einer wachsenden Verärgerung über die darin enthaltenen sprachlichen Anmaßungen sowie über die zahlreichen sinnwidrigen sprachlichen Missgriffe. So ist die Zahl derer, die dem „Gender-Sprachgebrauch“ ausdrücklich ablehnend gegenüberstehen, wohl vor allem angesichts des aufdringlichen und aggressiven Genders in den Medien, inzwischen auf annähernd 70 % angestiegen, wie jüngste Umfragen belegen.

Das spiegelt sich seit Monaten nicht zuletzt in einer großen Zahl entsprechender Leserbriefe auch in der Kölner Presse wider.

Einzelne Politiker fordern bereits wie in Frankreich ein „Verbot“ gendersprachlicher Formulierungen im öffentlichen und offiziellen Sprachgebrauch - was sicher auch keine gute Entwicklung abbildet, sondern letztlich ein Anzeichen für fortschreitende gesellschaftliche Spaltung darstellt. Dabei ist eigentlich schon jetzt klar, dass für amtssprachliche Kommunikation die amtlichen Regeln der Rechtschreibung und die grundlegenden Erkenntnisse der Sprachwissenschaft gelten, dass es mithin gar keines Verbotes bedürfte, wenn sich alle an die geltenden Regeln hielten.

Es ist Ihnen sicher bewusst, dass Empfehlungen bzw. Leitfäden wie jetzt in Köln und ihre Vorbilder, die sich im Land ausbreiten, weitestgehend von sprachfachlichen Laien verfasst und von (sprach-) wissenschaftsfremden Institutionen propagiert werden. Anstelle von Wertschätzung für den einzelnen Bürger und auch für die einzelne Bürgerin sowie für jede einzelne Person generell findet dadurch eine Öffentlichmachung von (Identitäts-) Merkmalen und die Klassifikation der Menschen nach solchen Identitäten statt.

Uns als Verein Deutsche Sprache in Köln erreichen wöchentlich mehrere Anfragen und Beschwerden von Personen, die sich durch gegenderte Anredeformen ausdrücklich nicht angemessen behandelt oder die sich durch offizielle Sprachvorgaben gemäßregelt fühlen. Ein junger Mann, der kürzlich sein Studium in Köln abgeschlossen hat und eine Hochschullaufbahn anstrebt, der selber aus einer Familie mit (arabischem) Migrationshintergrund stammt und das Deutsche dabei gleichwohl als seine Erstsprache betrachtet, weil er hier mit der deutschen Sprache aufwuchs, schrieb uns kürzlich:

Als Mensch, der selbst einen sogenannten Migrationshintergrund hat und entsprechend auch viele Menschen selben Hintergrunds kennt, möchte ich vor allem beipflichten, dass der aktuelle Leitfaden zweifelsohne ein Integrationshemmnis darstellt und eine exkludierende Wirkung aufweist. Unabhängig davon, dass auch „Ursprungsdeutsche“ de facto von dieser im elitären Elfenbeinturm kreierte Sprache überhaupt nicht angesprochen werden und dadurch auch unnötige Spaltungen innerhalb der Gesellschaft entstehen.

Aus diesem Grund hat sich der VDS Köln dazu entschlossen, den nachfolgenden Bürgerantrag an den Rat der Stadt zu stellen.

[Bürgerantrag und Stellungnahme des VDS Region Köln zum „Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln“ siehe PDF-Datei „Genderbroschüre“.]

Politiker zur deutschen Sprache

I. Kandidaten zum Bundestag. Die bevorstehende Bundestagswahl am 26. September 2021 hat die VDS-Region Köln zum Anlaß genommen, den Wahlkreiskandidaten der verschiedenen Parteien Fragen zur deutschen Sprache vorzulegen. Wenn auch die hierzu eingenommene Position für die meisten Wähler sicher nicht das einzige Kriterium bei der Stimmabgabe sein wird, mag sie doch für den einen oder anderen Sprachfreund eine gewisse Rolle spielen.

Befragt wurden die Kandidaten der Wahlkreise 91 und 92 (Rhein-Erft-Kreis, Euskirchen), 93-95 (Köln I-III) und 99-101 (Oberbergischer und Rheinisch-Bergischer Kreis, Leverkusen, Köln IV). Wir haben uns bemüht, die Briefadressen (hilfsweise e-Post) aller Direktkandidaten ausfindig zu machen, sind aber nicht immer fündig geworden. Bei kleineren Parteien haben wir mangels Wahlkreiskandidat den Landesverband angeschrieben. Versandt wurden insgesamt 46 Fragebögen (42 per Briefpost, 4 per e-Post). Davon sind sechs ausgefüllt zurückgekommen, je zwei von AfD und SPD, je einer von FDP und Piraten. Zwei weitere Adressaten haben auf andere Weise geantwortet, davon eine (CDU) mit einem ausformulierten Freitext. Gar keine Reaktion gab es von den Grünen und der Linken.

Folgende Fragen haben wir gestellt – und beantwortet bekommen von

- a* AfD – Eugen Schmidt, Kandidat im Wahlkreis 91
- a** AfD – Christer Cremer, Kandidat im Wahlkreis 101
- b* FDP – Reinhard Houben MdB, Kandidat im Wahlkreis 93
- c* Piraten – Andrea Deckelmann, stv. Landesvorsitzende
- d* SPD – Aaron Spielmanns, Kandidat im Wahlkreis 91
- d** SPD – Dr. Rolf Mützenich MdB, Fraktionsvorsitzender, Kandidat im Wahlkreis 95

1. Die deutsche Sprache als Kulturgut hat für mich eine
O sehr hohe: *a a* b d* O hohe: *d** O weniger hohe Bedeutung: *c*
2. Eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz halte ich für
O unbedingt sinnvoll: *a a** O unter Umständen sinnvoll O nicht sinnvoll: *b c d d**
3. Der Gebrauch der Gendersprache im öffentlichen Raum, auch dann, wenn sie den Regeln der deutschen Grammatik widerspricht, ist als Mittel zur Gleichberechtigung der Geschlechter O angebracht: *c d d** O gelegentlich angebracht O nicht angebracht: *a a* b*
4. Folgenden Aussagen stimme ich eher zu / eher nicht zu :

Der Staat hat eine Verantwortung für die Bewahrung kultureller Werte - dazu gehört auch die Pflege der Sprachkultur : O eher ja: *alle* O eher nein: -

Die deutsche Sprache ist gerade in einer sich wandelnden Gesellschaft für die Zusammengehörigkeit der Menschen hierzulande von zentraler Bedeutung: O eher ja: *alle*

Der Deutschunterricht an den Schulen hat eine hohe Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung und die gesellschaftlichen Chancen junger Menschen:
O eher ja: *a a* b d d** O eher nein: *c*

Der Gebrauch der deutschen Sprache an Hochschulen sollte nicht weiter der zunehmenden Internationalisierung geopfert werden: O eher ja: *a** O eher nein: *a b c d d**

In internationalen Organisationen, namentlich in der EU, sollte Deutsch als Amtssprache wieder stärker benutzt werden: O eher ja: *a a* b d** O eher nein: *c d*

Universitäten, Schulen und Behörden und staatliche Einrichtungen sollten gendersprachlichen Mustern nicht folgen, sondern sich an die geltenden sprachlichen Konventionen und Normen halten: O eher ja: *a a* b* O eher nein: *c d d**

Einen ausformulierten Freitext sandte uns Gisela Manderla MdB (CDU). Sie schreibt:

Nahezu alle Ihre Forderungen zur deutschen Sprache kann ich unterstützen. Im Regierungsprogramm von CDU und CSU heißt es u.a.:

Voraussetzung für eine gelingende Integration ist ein Bekenntnis zu Deutschlands grundlegenden Werten und Normen, seiner [...] Sprache und Kultur. Wir haben die Erwartung, dass die zu uns kommenden Menschen unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und unsere Sprache sprechen. Sprache hat überragende Bedeutung - für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. (Regierungsprogramm CDU/CSU, S. 134)

Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität. Wir wollen sie weiterhin fördern und wertschätzen, als Kultur-, Amts- und Umgangssprache. (Regierungsprogramm CDU/CSU, S. 136)

Die Nutzung der Gendersprache sehe ich kritisch, insbesondere dann, wenn sie den Regeln der deutschen Grammatik widerspricht.

Eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz halte ich allerdings nicht für zwingend notwendig. Deutsch ist als Amtssprache in Parlamenten und Gerichten verpflichtend (§ 23 Verwaltungsverfahrensgesetz) und die rechtswissenschaftliche Literatur geht überwiegend davon aus, dass die deutsche Sprache bereits jetzt Verfassungsrang hat.

Ich danke Ihnen und Ihrem Verein für Ihren unermüdlichen Einsatz für unsere Sprache, die eines der wichtigsten deutschen Kulturgüter ist, und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre Arbeit.

II. Ratsfraktionen. Im Rat der Stadt Köln hat der VDS im Juni den schon erwähnten Bürgerantrag zum „Leitfaden“ eingebracht. Der Rat hat diesen Antrag bisher nicht behandelt. Deswegen haben wir bei allen sieben Fraktionen nachgefragt und um Stellungnahme gebeten. Die „Volt“-Fraktion hat eine schriftliche Erklärung abgegeben:

Wir bedauern, dass Sie den Leitfaden ablehnen. Natürlich akzeptieren wir Ihre Meinung, aber vielleicht können wir Ihnen mit ein paar Argumenten darlegen, warum wir von Volt diesen Vorstoß vollumfassend begrüßen:

„**Die Sprache ist die Kleidung der Gedanken.**“ (Samuel Johnson, 1709-1784)

Volt ist eine demokratische Partei, in der wir Menschen jeden Alters, Geschlechts, jeder Herkunft, Hautfarbe, Religion und Sexualität willkommen heißen und die vielfältiger ist als die geschlechtliche Dualität von Mann und Frau. Sprache ist ein wichtiges Mittel, um diese Vielfalt widerzuspiegeln, allen Menschen gegenüber demokratisch aufzutreten und sie einzubeziehen. Gendergerechte Sprache bedeutet, dass Zielgruppen nicht nur „mit gemeint“ und „mit gedacht“, sondern tatsächlich benannt - und dadurch sichtbar gemacht werden.

Sprache vermittelt die Werte und Normen einer Gesellschaft, die wir reproduzieren. Darüber hinaus dient sie als Instrument der Gestaltung, des Einbezugs und, auf der anderen Seite, des Ausschlusses. Sie ist damit das Abbild gesellschaftlicher Strukturen und befindet sich im stetigen Wandel, denn die ständige Weiterentwicklung der Gesellschaft wird auch in unserer Sprache sichtbar.

Durch Sprache können also bestimmte Ziele verfolgt, Interessen vertreten und Meinungen gebildet werden - und sie ist ein wichtiger Schritt, um die Aufmerksamkeit für Ungleichheiten zu schaffen, damit wir daraus resultierend ein langfristiges Umdenken und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von der Sprache, erreichen können.

Auch heute noch ist unsere Gesellschaft von männlichen Machtstrukturen geprägt, und so auch unsere Sprache. Das wird zum Beispiel durch das Nutzen des „generischen Maskulin“ deutlich: Es handelt sich hierbei um ein maskulines Nomen und oder Pronomen, welches sich auf mehrere Menschen nicht bekannten Geschlechts bezieht. Es erschwert damit die Wahrnehmung unserer gesellschaftlichen Vielfalt und macht neben der maskulinen Geschlechtsidentität alle anderen geschlechtlichen Identitäten unsichtbar.

An genau dieser Stelle bewirkt Gendern Umdenken: Man „stolpert“ zunächst darüber, es regt zum Nachdenken an, sich selber und das eigene Verhalten zu reflektieren. Gendern erlaubt es uns, alle Bezeichnungsförmlichkeiten für geschlechtliche Identitäten sichtbar zu machen und eine Symmetrie dieser herzustellen. Indem wir gendern, werden alle Menschen wertschätzend angesprochen und dementsprechend repräsentiert. Wir sprechen uns darüber hinaus damit auch klar für Gleichberechtigung und Gleichstellung aus. Gerade, weil marginalisierte Gesellschaftsgruppen diese Ideen für gendergerechte Sprache entwickeln, ist es umso wichtiger, sich diesen Vorschlägen anzunehmen und ihnen zuzuhören.

Fest steht, dass das Gendern nicht unsere gesellschaftlichen Probleme lösen kann. Genderformen sind zu Anfang ungewohnt und können unangenehm erscheinen, sie erscheinen vielen Menschen zunächst als kompliziert und zwanghaft. Diese Neuheit kann allerdings, ähnlich wie die bis hierhin männlich geprägte Sprache oder viele andere Entwicklungen in der Sprache (bspw. Anglizismen), zu einer Gewohnheit werden. Vor allen Dingen rückt das Gendern gesellschaftliche Missstände in den Fokus, führt zu einer - oft unbequemen - Auseinandersetzung mit diesen und kann daher tatsächliche gesellschaftliche Veränderung antreiben und unterstützen.

Wir wollen uns auf neue Formulierungen einlassen, neue Alternativen in Betracht ziehen und so uns dem Umgang mit unserer Sprache bewusster werden. Durch das Aufbrechen und Neugestalten neuer Assoziationsmuster werden wir so Teil einer Veränderung unseres gesellschaftlichen Bewusstseins, da wir etablierte Denkmuster kritisch hinterfragen und Sexismus entgegenwirken.

Wir von Volt begrüßen den Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation der Stadt Köln, der eine Orientierung und Anleitung für die Stadtverwaltung bietet mit allen Menschen respektvoll zu sprechen und umzugehen. Besonders hervorzuheben ist auch, dass der Leitfaden sogar noch einen Schritt weiter geht und andere Diskriminierungen abseits der Geschlechtszugehörigkeit adressiert und den Mitarbeitenden ein nützliches Nachschlagewerk zur Hand gibt.

Teilnahme an der Veranstaltung zum Tag der deutschen Sprache:

Sowohl bei den Bundestagskandidaten als auch bei den Ratsfraktionen haben wir in unseren Schreiben auf die Veranstaltung am 11. September hingewiesen. Jeweils ein Bundestagskandidat von AfD und FDP sowie die Ratsfraktionen dieser Parteien haben sich zu der Veranstaltung angemeldet, während von den anderen Parteien allein Frau Deckelmann (Piraten) Interesse zeigte. Ihre zunächst gegebene Zusage hat sie leider kurz vor der Veranstaltung wieder zurückgenommen.